

Landrat an Zitat erinnert

Kreis Hildesheim (cwo/r). Im Abschiebungs-Fall Gazale Salame/Ahmet Siala nimmt der Niedersächsische Flüchtlingsrat weiter den Landkreis Hildesheim in die Pflicht. Wie berichtet, hatte die Behörde über ihren Sprecher darauf verwiesen, dass es für sie keinen Handlungsspielraum gebe (HAZ vom Sonnabend). Das wies Flüchtlingsrat-Vorstand Norbert Grehl-Schmitt gestern in einer Pressemeldung zurück. Er zitierte dabei auf ein Interview, das Landrat Reiner Wegner der HAZ vor seiner Wahl im Jahr 2006 gegeben hatte. „Man kann politisch Druck machen und mal energisch mit dem Innenminister verhandeln, nicht nur auf die Gerichte warten. Dafür wäre ich mir als Landrat nicht zu schade“, hatte Wegner erklärt.

Kritik übt Grehl-Schmitt auch am Land Niedersachsen. Seit Jahren werde in dem „skandalösen und menschenunwürdigen Abschiebungsfall“ die Entscheidung über eine Familienzusammenführung zwischen dem Landkreis und dem Land hin und her geschoben.

Der vom Landkreis angekündigten Prüfung juristischer Schritte gegen den Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen, Kai Weber, der dem Landrat unter anderem eine „rassistische Argumentation“ vorgeworfen hatte, sehe der Vorstand des Flüchtlingsrats gelassen entgegen: „Der Landkreis täte gut daran, sich endlich für eine unverzügliche Rückkehr von Gazale Salame einzusetzen, anstatt mit der Einleitung juristischer Schritte auch noch das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken zu wollen.“